

„Tricks“ im Verkehrsetat

Boris Palmer kritisiert Schuldenpolitik – Debatte im Landtag

STUTTGART. Heute wird im Landtag über den Etat debattiert. Und es wird Kritik hageln. Schließlich nutzt das Land alle Möglichkeiten, damit der Etat verfassungskonform ist. Ein Beispiel für Tricks entdeckte der Abgeordnete Boris Palmer im Verkehrsetat.

Von Thomas Durchdenwald

Für den grünen Verkehrsexperten Palmer ist der neue Haushalt ein Signal dafür, wohin wachsende Verschuldung führen kann. „Der seit Jahren praktizierte Straßenbau auf Pump macht den Verkehrsminister handlungsunfähig“, meint er. Oder anders gesagt: im Verkehrsetat wird immer mehr Geld zur Finanzierung von Krediten benötigt, das für Investitionen fehlt, die über weitere Kredite finanziert werden müssen. „Das Land hat sich in eine Schuldenspirale gestürzt“, sagt Palmer.

So seien für 2005 und 2006 nur noch 15 beziehungsweise 13 Millionen Euro für den Erhalt der Landesstraßen aus Etatmitteln vorgesehen. Das sind zehn Millionen Euro weniger als 2004 und allenfalls ein Fünftel des Betrags, der für nötig erachtet wird. Den Bau neuer Straßen finanziere das Land seit 2002 vor allem aus Krediten von fast 90 Millionen Euro pro Jahr. Solche Straßenbauprogramme gibt es schon länger, deshalb müssen aus

dem Verkehrsetat dafür Zinsen und Tilgung bezahlt werden. Dies schränkt den Spielraum immer weiter ein. Vor einem Jahr kam das Land deshalb auf die Idee, diese Refinanzierungskosten um 25 Millionen Euro zu senken. Das entlastet zwar den aktuellen Etat, aber es belastet künftige Haushalte. Für 2005 ist die Regierung nun auf einen weiteren Trick verfallen: 25 Millionen Euro aus den für 2006 geplanten Sonderkrediten von 104 Millionen Euro werden schon 2005 eingesetzt.

um etwas Geld für Straßen zu haben. „Das Land sitzt im Schuldenturm“, sagt Palmer, „und verhält sich wie ein Alkoholiker, der den drohenden Kater durch ein Konterbier hinauszögert: noch mehr Schulden für die bereits abgelaufenen Schulden.“

Palmer hat auch „pikante Umbuchungen“ festgestellt, die allein das Ziel hätten, höhere Investitionen zu erreichen, was wiederum höhere Schulden erlaube. „Das Land erreicht den verfassungskonformen Etat nur noch mit Buchungstricks“, sagt er. Außerdem reduziere das Land die Mittel für die Unterhaltung der Straßen, wofür vom kommenden Jahr an die Kreise zuständig sind, von 53 auf 30 Millionen Euro. „Wenn sie den Standard halten wollen, müssen die Kreise die Differenz aus eigener Tasche bezahlen“, sagt Palmer. Für den Abgeordneten der Grünen ist das Fazit klar: „Der Straßenbauetat ist eine gut verschleierte Bankrotterklärung.“